

Sigrid Faath (April 2000)

## Hintergründe und Ziele des Partnerschaftsprojektes USA-Maghreb

### 1. Ausgangsbedingungen

Am 13.10.1999 hielt die amerikanische Außenministerin Albright an der *University of Maine* einen Vortrag zur amerikanischen Führungsrolle in der Welt, in dem sie von der Warte herab, daß die USA nach dem Zerfall der Sowjetunion und damit dem Ende des Ost-West-Konflikts die einzig verbleibende Weltmacht sind, zwei zentrale Positionen artikuliert: 1. *Die Welt wird von denen gestaltet, die handeln* (und in diesem Zusammenhang explizit zum fortgesetzten eigenen Handeln aufrief, denn „wenn wir unsere Führungsrolle abgeben, werden sie sicher andere übernehmen, die unsere Interessen und Werte nicht teilen“; *Internationale Politik*, März 2000, S. 85); 2. *Amerikanisches Handeln muß amerikanische Interessen widerspiegeln*. Dies knüpft direkt an zahlreiche ähnliche Aussagen von ihr, aber auch anderen US-Politikern an, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. So schrieb Albright z.B. in ihrem Beitrag „The Testing of American Foreign Policy“ (in *Foreign Affairs*, November/Dezember 1998): „The goals of American foreign policy are to ensure the continued security, prosperity and freedom of *our* people“. Wenn also Akteure der amerikanischen Außenpolitik 1998 in bezug auf den geographischen Raum Groß-Maghreb signifikant aktiv wurden, beruht ein solches verstärktes Engagement nicht auf Zufälligkeiten, sondern entspringt konzeptuellen Überlegungen und einer zu unterstellenden Neuformulierung der Politik gegenüber dieser Region. Die geostrategische Aufwertung des Maghreb seit 1998 ist dabei eng mit der sogenannten *Eisenstat-Initiative* verknüpft, deren Motive und Ziele nachfolgend analysiert werden sollen.

### 2. Die Bedeutung des Maghreb als geostrategischer Raum für die USA

Der Maghreb bildete zusammen mit dem maritimen Europa in den geopolitischen Schulen des beginnenden 20. Jahrhunderts (besonders bei Saul Bernard Cohen) eine der geostrategischen Großregionen der Welt. Bereits 1902 formulierte der amerikanische Admiral Alfred Mahan die strategische Einsicht, daß das Mittelmeer entweder einem einzigen Herrscher untersteht, in den Hegemoniebereich einer dominierenden Macht fällt, die ihre Ansprüche in alle Richtungen vertritt, oder es Schauplatz eines permanenten Konflikts werden wird. Der Region wurde deswegen hohes (militärisches) Augenmerk zuteil. Speziell nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und vor dem Hintergrund des sich herauskristallisierenden Kalten Krieges war es das Bestreben der USA, mit dem Aufbau der VI. Flotte und Nato-Stützpunkten im nördlichen Mittelmeerraum sowie der Einrichtung von US-Luftwaffenstützpunkten im Maghreb (Kenitra in Marokko; Wheelus Air Base in Libyen) die schnell erlangte Dominanz gegenüber der Sowjetunion (mit ihren weitaus geringeren Mittelmeer-Seestreitkräften der 3. Eskadra) im Mittelmeerraum langfristig zu sichern. Ausgangspunkt hierfür waren geostrategische Überlegungen. Zahlreiche Autoren führten immer wieder aus, daß die Verteidigung Westeuropas gegen die Truppen des Warschauer Paktes ohne gesicherte Nord- und Südflanke gefährdet sei. „Die Sperrriegelfunktion der Bundesrepublik Deutschland gegen einen eventuellen Angriff von Osten kann nur mit sicheren Flanken im Mittelmeer (Südflanke) und in der Ostsee (Nordflanke) erfüllt werden.“ Während die Chancen eines militärischen Erfolgs der Roten Armee an der politisch stabilen Nordflanke bezweifelt wurden, schienen die politischen Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum (Unabhängigkeit Algeriens 1962; libysche Revolution 1969, die zur Räumung von Wheelus Air Base am 11.6.1970 führte; Instabilität in Marokko 1971/1972 als Folge zweier Putschversuche) die politischen Ambitionen der Sowjetunion zu begünstigen und die Dominanz der USA zu gefährden. Militärisch galt zwar der südliche Mittelmeerraum eher als ein Nebenkriegsschauplatz, aber ohne westliche Präsenz und Dominanz im Mittelmeerraum schien die „Rumpf-Nato“ in Mitteleuropa ein nicht zu verteidigender Torso.

Innerhalb dieses globalen Kontextes der *containment*-Politik und der Bekämpfung des sowjetischen Einflusses war Nordafrika (Großmaghreb und Ägypten/Sudan) und der Nahe Osten Gegen-

stand eines ganzen Spektrums strategischer Interessen, die sich an der ökonomischen Faktorausstattung dieser Staaten ausrichteten und sich dem Wandel der veränderbaren Einschätzungen der eigenen Interessenlagen anpaßten. Resultat war eine jeweils (US-)spezifische Politik gegenüber einzelnen Staaten, die Richard Parker, langjähriger US-Botschafter in Rabat und Algier, in seiner Studie *North Africa. Regional Tensions and Strategic Concerns* (New York 1984) wie folgt zusammenfaßte: „U.S. policy in North Africa today tends to be globalist, to see Morocco as an ally against the Soviets and their presumed clients, the Libyans, who are perceived as trying to take over Saharan Africa and as threatening those regimes that are friendly to the United States. Algeria, meanwhile, is perceived as at best unwilling to help, while Tunisia is a spectator. In the globalist view, the game here is to frustrate the Soviets, and the best way to do it is to arm one's friends and try to isolate or otherwise discomfit theirs.“

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Ende des Ost-West-Konflikts traten seit Anfang der 90er Jahre zusätzlich zu den permanenten vitalen US-Interessen in der Region (Zugang zu den Ölreserven; Sicherheit Israels; Sicherheit der verbündeten Regime in Ägypten, Saudi-Arabien, Golfstaaten) neue Sicherheitsaspekte in den Vordergrund: Die Beschränkung des internationalen Terrorismus (als dessen Sponsoren in Nordafrika die USA Libyen und den Sudan ansehen) und die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des islamistischen Terrorismus, der seit 1992 besonders in Algerien und Ägypten zur innenpolitischen Destabilisierung führte. Speziell Algerien, wo die seit 1989 legalisierte islamistische Bewegung (*Front Islamique du Salut* u.a.) bei Gemeinde- und Legislativwahlen an politischem Einfluß gewann, bis der vom Militär erzwungene Wahlabbruch im Januar 1992 den *Front Islamique du Salut* um die sicher geglaubte Machtübernahme brachte, stellte die US-Administration vor eine schwierige Entscheidung: Annäherung an die Islamisten und Befürwortung ihrer Machtbeteiligung (wie 1993/94 praktiziert), weil in ihnen die zukünftigen Herrscher gesehen wurden, oder Unterstützung der Staatsführung in ihrem antiislamistischen und antiterroristischen Kampf (wie dies insbesondere seit der Wahl Liamine Zerouals zum algerischen Präsidenten im November 1995 der Fall war).

Bereits Robert Pelletreau, seinerzeit US-Unterstaatssekretär für Nahostangelegenheiten, wies 1995 in seinem Dossier „Die Politik der USA gegenüber Nordafrika“ (Text: Wuquf 9/1995, S. 101-114) darauf hin, daß die Exzesse einiger islamistischer politischer Bewegungen in Nordafrika, die viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen, nicht die *langfristigen* Interessen mit und in den Ländern Nordafrikas vergessen lassen sollten. Hierzu zählt neben der diversifizierten ökonomischen Kooperation und der Unterstützung von demokratischen Transformationsprozessen (so besuchten angesichts der innenpolitischen Stabilisierung neben hochrangigen US-Wissenschaftlern wie Ian Lesser oder William Quandt allein Ende 1999/Anfang 2000 dreimal größere Delegationen des Washingtoner *National Democratic Institute* Algerien; ELM, 27.10.1999.; EW, 21.3.2000) die Sicherung der Stabilität in der Region durch Abstützung besonders jener Staaten, deren (positive oder negative) Entwicklung nach Ansicht amerikanischer Geostrategen regionale Ausstrahlung hat (in Nordafrika sind dies die Staaten Algerien und Ägypten; einen vergleichbaren Stellenwert haben u.a. die Türkei, Mexiko, Brasilien, Südafrika, Indonesien). Die privilegierte Kooperation mit diesen sogenannten *Pivotal States* zur Stärkung positiver Entwicklungsansätze oder zur Verminderung/Verhinderung negativer Entwicklungen bildet den konzeptionellen Rahmen einer außenpolitischen Strategie, deren Kernelement die langfristige Sicherung der gegenwärtigen weltpolitischen Dominanz der USA ist.<sup>1</sup> Sicherheit und Stabilität im wichtigen Mittelmeerraum und folglich besondere Beziehungen zum Pivot-Staat Algerien tragen zu dieser Zielsetzung wesentlich bei.

### 3. Die Eisenstat-Initiative

#### *Hintergründe und Ziele*

---

<sup>1</sup> Vgl. Robert Chase (u.a.): *The Pivotal States. A new framework for U.S. policy in the developing world.* New York: Norton 1999, 445 S.

Nach verschiedenen Verlautbarungen der US-Administration geht das verstärkte Interesse der USA am Maghreb wie auch an Gesamtafrika auf den Golfkrieg 1991 zurück, der die damalige „Sicherheitsarchitektur“ zum Schutz der Energieversorgung abrupt vor eine Beweisprobe gestellt hatte mit der Folge einer Empfehlung zur Diversifizierung (redeployment) der energie- und wirtschaftspolitischen Versorgungs- und Handelsstränge. Dies implizierte, wie US-Außenminister Warren Christopher im Oktober 1996 anlässlich seines Besuchs in Südafrika betonte, die Aufkündigung der relativen ökonomischen Zurückhaltung in jenen Regionen Afrikas, die bislang als „chasse gardée“ dritter Staaten (primär Frankreichs und der EU) galten. Nach dem sich bereits 1996 verstärkenden wirtschaftspolitischen Engagement in Schwarzafrika (u.a. Kongo) folgte 1998 entsprechend der Ausarbeitung der Strategie der *Pivotal States* Algerien bzw. der Maghreb. Seit Mitte der 90er Jahre verdichteten sich signifikant die Besuche von US-Politikern; US-Unterstaatssekretär für Nahostangelegenheiten Martin Indyk sprach anlässlich seines ersten Besuchs in Algier (14.3.1998) nicht nur davon, daß „Algerien (für die USA) mehr als nur Erdöl habe“, er betonte vielmehr, daß die USA auf dem algerischen Markt verstärkt in direkte Konkurrenz zu Frankreich, dem traditionellen Haupthandelspartner, treten wolle. Noch deutlicher und die Konturen einer Strategie entwickelnd äußerte sich indes drei Monate später in Tunis der dort (auf dem Rückflug von Israel) zu Besuch weilende US-Staatssekretär für Wirtschaft, Unternehmen und landwirtschaftliche Angelegenheiten, Stuart Eizenstat. Dieser formulierte am 16.6.1998 im Anschluß an ein Treffen mit Präsident Ben Ali gegenüber der Presse jene Sätze, die als Beginn der sogenannten Eizenstat-Initiative zur Herbeiführung einer amerikanischen Wirtschaftspartnerschaft mit dem Maghreb gelten können: „I laid out for him (Ben Ali) ... our desire for a new US-Maghreb economic partnership that will encourage more structural change so that more investors can come here, and that will lead to a ministerial meeting, we hope, by the end of this year to put in place an action plan to elevate the whole relationship between United States and the Maghreb countries ...“ (SWB, 23.6.1998)

In weiteren Ausführungen sowohl in Tunis als auch in Rabat, wo er sich am 18.6.1999 aufhielt, präziserte Eizenstat seine Maghreb-Initiative, die Gespräche auf „sehr hohem Niveau“ beinhalten sollte. Die entwickelten Zielvorstellungen sollen demzufolge mit jenen der – wenngleich seit fünf Jahren festgefahrenen – *Arabischen Maghrebunion* (AMU) parallel laufen und sehen die Förderung einer integrierten, 80 Millionen Konsumenten umfassenden Wirtschaftsregion Maghreb vor, die allerdings kein Selbstzweck sei: „Unsere Hoffnung ist es, durch Handel und freien Austausch die politischen Beziehungen innerhalb des Maghreb zu verbessern“ (OP, 19.6.1998). Auf einer für Ende 1998 in Washington geplanten Ministerkonferenz sollte die US-Partnerschaftsinitiative im Maghreb, die prioritär ökonomisch ausgerichtet sei, detaillierter gefaßt und ein Aktionsplan erarbeitet werden (s.u.). Sowohl der Zeitpunkt der Initiative als auch die direkt und indirekt formulierten Zielsetzungen machten aus dem Partnerschaftsprojekt schnell ein Politikum, das sich in Schlagzeilen, wie „Washington à la conquête du Maghreb“ (EW, 18.6.1998) niederschlug. Unter maghrebischen Politikern galt es als sicher, daß die Eizenstat-Initiative keine spontane Angelegenheit war, sondern eine im Vorfeld (von der Nahostabteilung unter Leitung des ehemaligen US-Botschafters in Algier, Ronald Neumann) entwickelte Strategie umsetzte. Zu einem Zeitpunkt, wo die AMU als gemeinsamer Akteur ausfiel und die Maghrebstaaten, die mit der EU teilweise bilaterale Assoziationsabkommen (Tunesien am 17.7.1995, in Kraft 1.3.1998; Marokko am 10.11.1995, in Kraft März 2000) abschlossen bzw. derzeit verhandeln (Algerien), mit der Entwicklung des Barcelona-Partnerschaftsprozesses unzufrieden sind, mußte die Eizenstat-Initiative als doppelt kalkulierte Aktion erscheinen: Zum einen – und dies formulierte Eizenstat am 3.5.1999 bei einem neuerlichen Besuch in Rabat deutlich – „to establish a US-Maghreb partnership (which wants) to break the European monopoly in the Maghreb“ (SWB, 5.5.1999); Hauptziel der Aktion war damit de facto die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, so daß der „euro-atlantische Wettbewerb“ in der Region in der arabischen Presse als „französisch-amerikanischer Positionenkrieg im Maghreb“ (Hawadith, 18.6.1999) perzipiert und als „Racheaktion“ für den Ausschluß der USA vom Barcelona-prozeß interpretiert wurde; zum anderen die Erweiterung der traditionellen (und zu 50-70 % auf Europa ausgerichteten) Märkte der Maghrebstaaten durch die Einbeziehung nicht nur des amerikanischen, sondern auch der asiatischen Märkte.

Ein dritter Punkt, auch wenn nicht sofort explizit ausgesprochen, betrifft die Tatsache, daß amerikanische Direktinvestitionen im Maghreb von der für 2010 geplanten Mittelmeerfreihandelszone im Rahmen des EU-Mittelmeerpartnerschaftsabkommens direkt profitieren können. Dieser Aspekt spielte aber in den Überlegungen des 1943 in Chicago geborenen Eizenstat, von 1993-1996 amerikanischer EU-Botschafter in Brüssel (zu seiner Biographie vgl. *Die Welt*, 11.12.1999), zwangsläufig eine wichtige Rolle und wurde nach entsprechenden kritischen Bemerkungen in der marokkanischen Presse vom Juni im Herbst 1999 auch vom US-Botschafter in Rabat, Edward Gabriel, eingeräumt (OP, 8.10.1999: *L'initiative Eizenstat vise à faire du Maroc la plate-forme d'un marché de 450 millions de consommateurs*). Speziell die marokkanische Wirtschaftszeitung *La Vie Economique* hatte in ihrer Ausgabe vom 21.6.1999 die Rolle Marokkos als trojanisches Pferd in der Initiative der USA kritisiert und weiter ausgeführt: „Der Aufbau des EU-Partnerschaftsprogrammes *Euromed* in den nächsten Jahren, besonders die Vereinbarungen über den freien Warenaustausch zwischen den Staaten der EU und der Maghrebunion, eröffnet den amerikanischen Unternehmen, welche sich in den Maghrebstaaten niederlassen werden, erfreuliche Perspektiven. Zusätzlich zum Markt der Mitgliedsstaaten der Arabischen Maghrebunion wollen sie sich auf diesem privilegierten Vorposten positionieren, um zugleich die über 400 Millionen europäischen Verbraucher zu erreichen. Dies ist der Rahmen, in dem die amerikanischen Blicke auf die Region interpretiert werden müssen.“

#### *Die bevorzugten Partnerschaftsstaaten im Maghreb*

Die von Eizenstat konzipierte amerikanisch-maghrebinische (Wirtschafts-)Partnerschaft war automatisch in den größeren Kontext amerikanischer Außenpolitik integriert, so daß sich die Partnerschaftsinitiative zunächst auf die drei Kernmaghrebländer Algerien, Tunesien und Marokko beschränkte, während Libyen – mit dem es eine auf den tripolitanisch-amerikanischen Krieg 1803-1805 zurückgehende „Tradition der Konfrontation“ gibt und das wegen des Vorwurfs, den internationalen Terrorismus zu unterstützen, seit 1980 US-Sanktionen unterworfen ist und seit 1992 (-1999) wegen des Lockerbiekonfliktes mit UNO-Sanktionen belegt war – ausgeklammert blieb (H, 18.6.1998; libysche Kritik SWB, 19.6.1998). Bei Erfüllung der notwendigen Bedingungen (Absage an Terrorismus; Anerkennung des Barcelona-Prozesses; Akzeptierung des Nahostfriedensprozesses usw.) sei eine Integration Libyens in die Eizenstat-Initiative jederzeit möglich (OP, 3.7.1999). Dies gelte auch für Mauretanien, das laut Eizenstat zwar kein prioritäres Land innerhalb der Partnerschaft sei, doch auch nicht außerhalb der Interessen privater amerikanischer Unternehmer läge und deshalb auf Anfrage willkommen sei (OP, 11.6.1999). Von den drei Kernmaghrebstaaten gab (gibt) es wiederum die besten Beziehungen zu Marokko (bereits 1787 Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrags; März 1999 Proklamation eines „Manifeste d'amitié“ durch den amerikanischen Kongreß; LVE, 2.4.1999) und zu Tunesien, während sich das amerikanisch-algerische Verhältnis erst nach dem historischen USA-Besuch des algerischen Präsidenten Bendjedid 1985 ausgewogener gestaltete und zuletzt seit 1995 unter den Präsidenten Zeroual und Bouteflika (seit 1999) pragmatische Züge annahm, die (bis Anfang der 90er Jahre undenkbar) Kontakte zur VI. Flotte und zur Nato einschlossen (IHT, 13.11.1998).

Auf wirtschaftlicher Ebene waren die Beziehungen indes invers. Abgesehen vom nordafrikanischen Hauptwirtschaftspartner Ägypten und dem sanktionsbedingten Nullstand bezüglich Libyens ist Algerien – und dies rechtfertigt die Einschätzung des Landes als wichtigsten Maghrebstaat und damit Pivot-Staat - durch seinen Erdöl-/Erdgasreichtum sowohl maghrebinischer Hauptlieferant der USA als auch dessen wichtigster maghrebinischer Kunde, gefolgt von Marokko und dem Schlußlicht Tunesien (vgl. Handelsstatistiken MEED, 7.3.1997, 19.3.1999, 24.9.1999). Von allen drei Staaten weist Algerien mit rund 2 Mrd. \$ die höchsten amerikanischen Privatinvestitionen auf, davon die meisten im Erdöl-/Erdgassektor. Seit 1995 hat sich dieses Engagement deutlich verstärkt („Beim Buhlen um die reichen Gas- und Ölvorkommen derzeit vorn“; *Der Spiegel*, 4.10.1999) und 4 Mrd. \$ sind gegenwärtig für weitere Prospektionsversuche eingeplant (LVE, 29.1.1999). Die direkte US-Hilfe war demgegenüber bislang minimal (61.000 \$), wurde aber im Rahmen der internationalen Militärausbildung ab 1998 auf 125.000 \$ aufgestockt (IHT, 13.11.1998). Demgegenüber nimmt das seit der Unabhängigkeit als strategischer Partner hofierte Marokko bei der US-Hilfe einen weitaus begünstigteren Platz ein (Hilfe 1998 17,6 Mio. \$), und

auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind dank vielfältiger Initiativen von den Botschaftern beider Staaten bis zu den Arbeitgeberorganisationen im Aufwind (LVE, 24.7.1998; 5.11.1999). Bei den Auslandsinvestitionen sind die USA 1999 nach Deutschland und Frankreich auf den dritten Platz vorgerückt. Daß bei dem Ausbau der Beziehungen im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaft auch eine gehörige Portion politischer Druck im Spiel ist, zeigt das hinter den Kulissen stattfindende Gerangel um den Abschluß der Lieferung von 31 neuen Flugzeugen im Zeitraum 2002-2012, wo Boeing als traditioneller Hauslieferant der *Royal Air Maroc* Offerten von Airbus rigoros bekämpft (JA, 27.7.1999; ME, September 1999). Tunesien schließlich, das immerhin 1994-1999 aufgrund seiner fortgeschrittenen Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte 300 Mio. \$ amerikanischer Privatinvestitionen anzog, bleibt ökonomisch der schwächste bilaterale Partner, ist aber Partner einer äußerst aktiven militärischen Kooperation (US-Verteidigungsminister Cohen nannte sie anlässlich der 17. amerikanisch-tunesischen Tagung der Militärkommission sogar „exzellent“; PdT, 30.1.2000).

#### *Die Umsetzung im politischen und wirtschaftlichen Bereich*

Die Umsetzung der Partnerschaftsinitiative erfolgte ab Sommer 1998 auf vielfältige Weise. Auf politischer Ebene gab es zwei Hauptachsen, entlang deren agiert wurde. Die erste war, maßgeblich von den 1997 neu berufenen Botschaftern (Edward Gabriel in Marokko, Cameron Hume in Algerien und Robin Lynn-Raphael in Tunesien; H, 29.11.1997) vorbereitet und koordiniert, die Verdichtung der politischen Gesprächsabfolge mit hochrangigen US-Politikern/Beamten (Martin Indyk, der neue Unterstaatssekretär für Nahost, unternahm vom 12.-17.3.1998 eine „tournee de familiarisation“ in den Maghrebstaaten und reiste danach in kurzen Abständen in die Region, u.a. 1999 am 9.3., 10.4., 8.9., 31.10.; gleiches gilt für seinen Nachfolger Ronald Neumann; am 25.9.1998 fand das seit 1991 erste amerikanisch-algerische Außenministertreffen in New York statt; Außenministerin Albright traf am 1.9.1999 zu Gesprächen mit König Mohammed VI. zusammen). Bei diesen Kontakten ging es aber nicht nur ausschließlich um Partnerschaftsangelegenheiten bzw. die Diskussion, wie die bilateralen Beziehungen ausgebaut werden können, sondern auch um die Bereinigung des gesamtmaghrebinischen Klimas gemäß dem Motto: „Nur ein befriedeter Maghreb ist ein guter Maghreb“, sowohl was die wirtschaftlichen als auch die politischen Angelegenheiten der USA im Maghreb anbelangt.

So hat z.B. Unterstaatssekretär Neumann im Herbst 1999 nicht nur die Vermittlung der USA im Konflikt zwischen Algerien und Marokko (OP, 8.10.1999) angeboten, in einem vielbeachteten Interview mit *al-Hayat* den Kurs Präsident Bouteflikas gegenüber den Islamisten gutgeheißen (H, 11.9.1999) und amerikanische Unterstützung zugesagt, sondern sowohl Edward Walker (Neumanns Stellvertreter) vom 3.-4.2.2000 als auch Ex-Außenminister Baker haben Mitte April 2000 eine Rundreise nach Madrid, Paris und in die Maghrebstaaten unternommen, um den Stillstand im Westsaharakonflikt zu überwinden (JA, 7.3.2000: Maghreb. Vers une pax americana?).

Auf wirtschaftlicher Ebene gab es gleichfalls eine signifikante Zunahme von Kontakten. Wichtigster Kontakt war zweifellos jener zwischen Eizenstat und den betroffenen maghrebinischen Ministern – die 1998 angekündigte Ministerrunde -, die nach Verzögerungen vom 30.4.-1.5.1999 in Washington zusammentrafen. Dieses Treffen, an dem der algerische Finanzminister Harchaoui (vgl. dessen Erklärung in ELM, 4.5.1999), der marokkanische Wirtschafts-/Finanzminister Oualalou und der damalige tunesische Kooperations- und Auslandsinvestitionsminister Ghannouchi teilnahmen, markiert den offiziellen Beginn der Wirtschaftspartnerschaft (R, 29.4.1999; JA, 4.5.1999). Die Teilnehmer diskutierten nicht nur die von der *Trade Development Agency* organisierte Konferenz, auf der die drei Maghrebstaaten insgesamt 50 Wunschprojekte präsentieren sollten, die mit amerikanischer Hilfe realisiert werden sollen, sondern überlegten auch Schritte, wie erstens Kontakte zwischen öffentlichen und privaten Wirtschaftsakteuren beider Seiten vertieft und zweitens der amerikanische Wunsch nach Vereinheitlichung der maghrebinischen Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden könne. Sichtbar waren zumindest Erfolge im ersten Bereich: Nachdem die amerikanisch-tunesische, die amerikanisch-algerische und die amerikanisch-marokkanische Handelskammer vom 19.-22.4.1999 zu ihrer ersten gemeinsamen Tagung in Casablanca (Thema: Umsetzung der Partnerschaft) zusammengetroffen waren, folgte vom 29.-30.10.1999 bereits das zweite Treffen, und das dritte ist für Frühsommer 2000 in Algier in Vorbe-

Vorbereitung. Daneben häuften sich – von den Handelskammer vorbereitet – Delegationsreisen, wobei aber weniger die Reisen tunesischer Unternehmer in die USA (11.-18.4.1998) oder eine Delegation des US-Senats in Tunesien (14.1.2000) und ähnliche Kontakte auf marokkanisch-amerikanischer Ebene von Bedeutung waren, sondern die sich entwickelnden Wirtschaftskontakte USA-Algerien: Eine erste große US-Wirtschaftsdelegation traf am 19.5.1999 in Algier ein; eine hochrangige algerische Wirtschaftsdelegation bereiste ab 30.6.1999 die USA (zentrale Gespräche mit der amerikanischen (Export-Import-)Eximbank; EW, 30.6.1999; ELM, 27.6.1999). Diese Kontakte waren vor allem bezüglich der Achse USA-Algerien erfolgreich; so hat Stuart Eizenstat in einem Interview (Radio Algier, 9.6.1999) den Anteil, der von den neu vereinbarten amerikanischen Investitionen im Maghreb in Höhe von 2 Mrd. \$ nach Algerien fließen wird, auf 75 % beziffert; davon gehe ein Großteil in Bereiche, die „im nächsten Millenium lebenswichtig sein werden“: „The investments concern many economic sectors which consider the USA important at this juncture, such as telecommunications, information technology, tourism and the pharmaceutical sector“ (SWB, 15.6.1999). Begleitet von einem Vordringen amerikanischer Banken (Citibank, Chase Manhattan Bank) entstand so eine zunehmend französische Firmen benachteiligende Präsenz, die die Zeitschrift *Arabies* im Schlagwort „Les Américains sont partout (en Algérie)“ zusammenfaßte.

#### *Auswirkungen und Reaktionen auf die Initiative*

Trotz der beschriebenen (Teil-)Erfolge der Eizenstat-Initiative in den vergangenen zwei Jahren und trotz der von allen drei maghrebischen Partnerregierungen offiziell begrüßten Initiative sind die strukturellen Auswirkungen bislang bescheiden und folglich auch Bewertungen wie jene in der *al-Ahram Weekly* vom 14.10.1999: „Adieu Paris, hello Washington“ voreilig.<sup>2</sup>

Angesichts der gravierenden Wirtschaftsprobleme in allen drei Maghrebstaaten, in erster Linie der enorme Mangel an Arbeitsplätzen, ergreifen – unterstützt durch eigene eingeleitete Restrukturierungs- und Liberalisierungsprozesse – die Staatsführungen Algeriens, Marokkos und Tunesiens alle offerierten Handelsförderungs- und Investitionsmöglichkeiten, in deren Gefolge neue Arbeitsplätze entstehen. Ganz in diesem Sinne konnte der tunesische Kooperations- und Auslandsinvestitionsminister Ghannouchi aus Überzeugung sagen: „We have welcomed Eizenstat's initiative, and we expect it would boost U.S. investors interest in our region.“ (JoT, 10.6.1999). Alle darüber hinausgehenden regionalen Ambitionen der Eizenstat-Initiative (Abbau der innermaghrebischen Investitions- und Handelshemmnisse) sind hingegen zum Scheitern verurteilt, weil sie jenen Restriktionsfaktoren unterliegen, die auch die AMU-Initiative – insbesondere ihre nahezu gleichgerichteten Absichten im wirtschaftlichen Bereich (vgl. Themenbeitrag Maghrebunion, JB 1989) – seit Jahren blockieren. Erst wenn bei der Westsaharfrage und den algerisch-marokkanischen Beziehungen ein Durchbruch erzielt ist, werden sich die AMU-Aktivitäten fortsetzen, dann könnte die Eizenstat-Initiative AMU-unterstützend wirken. Der ehemalige algerische Wirtschaftsminister Ghazi Hidouci meinte denn auch zu Recht, daß „die Amerikaner gänzlich die Schwierigkeiten und tiefgreifenden Differenzen der Maghrebstaaten untereinander sowie die strukturellen Beziehungen zu Europa verkennen“ (*Arabies*, September 1998).

Jenseits der in den Medien verbreiteten offiziellen Befürwortung der Initiative gilt es aber auch, die zwischen den Zeilen artikulierte Vorsicht der maghrebischen Staatsführungen zu registrieren, die sich nicht zum Erfüllungsgehilfen amerikanischer Nationalinteressen machen lassen wollen. Insbesondere die auf ihre Souveränität bedachten Algerier optieren zwar für die Integration der nationalen Wirtschaft in die Weltwirtschaft, betonen aber stets die dafür notwendige Voraussetzung: Eine „tatsächliche Partnerschaft“ (*partenariat véritable*) und „tatsächlich geteilte Interessen“ (*intérêts véritablement partagés*) (z.B. ELM, 5.11.1998). Andere Politiker wie der tunesische Staatssekretär Tahar Sioud, hauptverantwortlicher Verhandlungsführer bei der Ausarbeitung des Assoziationsabkommens mit der EU und bei den Gesprächen Eizenstats (und Indyks) in Tunesien zugegen, zeigen sich zwar zufrieden über das amerikanische Interesse, machen aber deutlich, daß die Eizenstat-Initiative höchstens komplementär zur EU-Mittelmeerpartnerschaft sein kann. Tunesien werde in keinem Fall die „Speerspitze“ der Initiative im Maghreb sein. Außerdem, so

<sup>2</sup> Vgl. auch Dossier in *Arabies*, Paris, September 1999, S. 30-40 (*Vers un Maghreb américain?*).

„Speerspitze“ der Initiative im Maghreb sein. Außerdem, so Sioud in einem Interview vom März 2000, seien nach wie vor die Konturen des amerikanischen Projektes zu unscharf und die sich abzeichnende Finanzierung für Erfolgsaussichten zu gering (Arabies, April 2000).

**Sigrid Faath**